

Medienspiegel Woche 11 / 2016



Neuropädagogik / Hirnforschung / Lernen

Süddeutsche Zeitung, 12. März 2016

Mehr Hirn bitte, und weniger Forscher

1

Selbstgesteuertes Lernen

SWR2 Wissen, 13. März 2016

Wir machen alles alleine

2

Überfachliche Kompetenzen / Schülerbeurteilung

Bieler Tagblatt, 14.3.16

Wie kann man Höflichkeit auf einer Skala von 1–10 messen?

3

Bildungsdebatte / Lehrer / PH / Lehrerverbände / Grundrechte / Tschudi Fritz

Schule Schweiz, 15. März 2016

Strategien für die Bildungsdebatte

4

Freysinger Oskar / Wallis / PER / Thesen / Einspruch / Kritik / Pichard Alain / Nüsperli Bruno

Zeit-Fragen, 15. März 2016

«Ich kann nur verantworten, was ich selber für richtig erachte»

5

Schaden vermeiden – Projekt Lehrplan 21 beenden

6

Sonderschulung / integrativer Schulung / Kleinklasse / Aargau

Aargauer Zeitung, 15.3.2016

Aargauer SVP und FDP starten Grossangriff auf die integrative Schulung

9

Appenzell / Landsgemeinde

Appenzeller Volksfreund, 17. März

Landsgemeinde soll zum «Leuchtturm» werden

10

Basel / Finanzen / Initiative / Lehrerverein / von Wartburg Roger / Fremdsprachen u.v.m.

Schule Schweiz, 17. März 2016

Stand der Schuldiskussion in Baselland

12

Frühfremdsprachen / Kindergarten

St. Galler Tagblatt; 17. März 2016

Der Lehrplan 21 und die Sprachen

13

NZZ, 18.3.2016

Streit um Frühfranzösisch

14

Initiative / Thurgau / Bundesverfassung

Tagblatt, 19. März 2016

Volksinitiative gegen Lehrplan für gültig erklärt

15

Süddeutsche Zeitung, 12. März 2016

Neuropädagogik

Mehr Hirn bitte, und weniger Forscher



Hirnforschung ist schön und gut und an vielen Stellen sicher sinnvoll.

Wenn es ums Lernen geht aber nicht.

Die Hirnforschung erkundet die grundlegenden Prozesse des Lernens. Das ist trivial, weil es nur bestätigt, was Pädagogen längst wissen.

Kommentar von Christian Weber

Angenommen, es herrscht Hungersnot. Wäre es dann sinnvoll, Hirnscanner einzufliegen und die neurophysiologischen Prozesse zu untersuchen, die im Gehirn eines unterernährten Menschen ablaufen? Schließlich wäre es ja vorstellbar, dass sich Abweichungen gegenüber dem Hirn eines Satten finden, die mit erneuter Nahrungsaufnahme wieder verschwinden. Man könnte so sauber nachweisen, dass Essen hilft, Hunger zu bekämpfen. Bingo. Wozu braucht es da noch Entwicklungsexperten, Agrarwissenschaftler, Ökonomen, Politologen?

Natürlich vertritt niemand solchen Unfug. Umso erstaunlicher ist es, dass immer noch einige Autoren und Forscher glauben, dass die [Hirnforschung](#) den Lehrern auf die Sprünge helfen könnte. Dabei leidet diese sogenannte Neuropädagogik unter genau dem gleichen Denkfehler: Sie glaubt, dass sich aus der Beobachtung neuronaler Prozesse beim Lernen bereits pädagogische Einsichten gewinnen lassen.

Wie sehr dieses Vorhaben gescheitert ist, zeigt ein ausführlicher Review, die der Psychologe Jeffrey Bowers von der University of Bristol für die aktuelle Ausgabe des Fachmagazins [Psychological Review](#) erstellt hat. Seine Bilanz ist vernichtend: "In der Literatur finden sich bislang keine neuen und hilfreichen Ratschläge für den Unterricht, die auf der Hirnforschung basieren."

Gehirn scannen - oder einfach Rechtschreibfehler zählen

Bowers' Analyse bestätigt jene Kritik, die der Neuropädagogik schon früher entgegengeschlagen ist: Sie ist trivial, weil sie mit der Analyse von Synapsen Dinge bestätigt, die der modernen [Pädagogik](#) ohnehin seit Langem bekannt ist, etwa, dass man mit positiven Emotionen besser lernt. Oder, dass auch das erwachsene Hirn noch plastisch und lernfähig ist - welchen Sinn hätten sonst Universitäten?

Sie ist irrelevant, weil sie mit großem technischen Aufwand Diagnosen erstellt, die sich auch mit einem Test unter Zuhilfenahme von Papier und Bleistift besser und billiger erledigen lassen: Wo möglich finden sich neuronale Korrelate für den Lernfortschritt dyslexischer Kinder; man kann aber auch einfach ein Diktat machen und die Rechtschreibfehler zählen.

Mit welchen Texten lehrt man sie die Liebe zur Literatur?

Vor allem aber zeigt sich mit der Analyse der Psychological Review erneut, dass die Hirnforschung viel zu sehr in den Grundlagen steckt, um hilfreich bei der konkreten Gestaltung des Unterrichts zu sein: Wie etwa baut man ein Experiment auf, damit die Schüler die Physik dahinter verstehen? Mit welchen Texten lehrt man sie die Liebe zur Literatur?

Das alles ist kein Argument gegen die Hirnforscher an sich, nur eine Bitte, dass sie in ihrem Revier bleiben. Es ist wie bei den Gastroenterologen, die furchtbar viel von Verdauung verstehen. Dennoch würde man keinen Kochkurs bei ihnen buchen.

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/neuropaedagogik-weniger-hirn-beim-lernen-1.2902442>

SWR2 Wissen, 13. März 2016

Wir machen alles alleine

Die Krise selbstgesteuerten Lernens

Von Matthias Burchardt

Die neue Kultur des selbstständigen Lernens verändert vieles: Lehrer werden Lernbegleiter, Unterrichtsmaterial dient zur Impulsgebung, der Schüler wird zum selbstverantwortlichen Wissensmanager, der sich seine Unterrichtspakete und Lerneinheiten ebenso zusammenstellt. Das klingt wunderbar, doch funktioniert es auch? Der Kölner Bildungsforscher Dr. Matthias Burchardt hat große Zweifel.

Matthias Burchardt lehrt am Institut der Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Seine Schwerpunkte sind: Allgemeine Pädagogik, Anthropologie, Archäologie des Zeitgenössischen.

[Sendung: Bild anklicken](#)



[Manuskript: SWR2, 13. März 2016](#)

Bieler Tagblatt, 14.3.16

Wie kann man Höflichkeit auf einer Skala von 1–10 messen?

Mit dem Lehrplan 21 wird eine erziehungswissenschaftliche Wende vollzogen – weg von klassischen Lernzielen, hin zur Kompetenzorientierung. Dieser Paradigmenwechsel stellt auch die Frage nach der Beurteilung neu.

von Alain Pichard

Die Diskussion über das Messen von Leistungen und das Bewerten von fachlichen und insbesondere überfachlichen Kompetenzen ist im Kanton Bern voll entbrannt, dank eines jungen kritischen Lehrers mit Bieler Wurzeln.

Lars B. staunte nämlich nicht schlecht, als er mit der Einladung für ein Hearing, die Entwürfe für eine neue Beurteilung der Schüler und Schülerinnen des Kantons Bern durchlas.

Er sah, dass neu wieder die Kriterien „Pünktlichkeit“, „Ordnungssinn“, und „Höflichkeit“ beurteilt werden sollten, auf einer Skala von 1 – 10, curricular aufbaubar, was heisst, man kann Höflichkeit quasi in Stufen erlernen.

Und das war noch nicht alles: Dazu kamen noch 12 überfachliche Kompetenzen, wie zum Beispiel „Der Schüler ist in der Lage, Gefühle situationsgemäss auszudrücken“, ebenfalls auf einer Skala von 1 – 10. Der junge Lehrer dachte zuerst an einen Witz. Als er aber merkte, dass das wirklich ernst gemeint war, ging er voller Notizen an das Hearing.

250 Lehrkräfte aus dem ganzen Kanton füllten die Aula des Gymnasiums Lebermatt. Vorne ein gut gelaunter Bildungsdirektor, welcher mit lustigen Sprüchen den Saal erheiterte. Viele anwesende Lehrkräfte empfanden die Stimmung denn auch als sehr gut. Für das umstrittene Formular der überfachlichen Kompetenzen standen genau 10 Minuten zur Verfügung. Immer wieder gab es „konsultative Abstimmungen“. Am Schluss einen Riesenapplaus und eine tolles Buffet. Lars applaudierte nicht, er liess auch das Buffet aus und schickte die Formulare mit einem Erlebnisbericht an einen Schulblog. Von dort kam dann die ganze Sache in die Presse.

Und jetzt aufgepasst! Ein etwas zerknirschter Bildungsdirektor gab sich nicht mal eine Woche später selbstkritisch und empfand seine eigenen Papiere als „unausgegoren“.

Interessant: Da entwickeln Experten ein Jahr lang ein neues Beurteilungssystem, da diskutieren Leute, die den Herausforderungen des Unterrichts stets fernbleiben, intensiv über die Ergebnisse, da werden 250 Praktiker zu einer Anhörung eingeladen und dann kommt ein kritischer Zeitungsartikel und „schwups“, der verbale Rückzug, das „Sorry“, das „Es war ja nicht so gemeint“.

Für Lars war der Fall klar: Was da vorgelegt wurde, ist bürgerliches Tugendgeschwafel verpackt in pseudowissenschaftlichem technokratischen Vermessungswahn. Nie, meinte er, werde er so etwas seinen Schülern antun. Da merkt man auch, aus welcher Ecke dieser junge Mann kommt: Er denkt links, arbeitet aber an der Front und nicht in den Büros der Bildungsverwaltung. Er verfügt somit noch über die linken Denkreflexe, die einst eine linke Bildungsdiskussion geprägt haben.

Heute begründet uns ein grüner Bildungsdirektor allen Ernstes: „Diese Beurteilung werde von der Wirtschaft verlangt!“ Aufgepasst, nicht ein FDP-Magistrat fordert die Normierung unserer Kinder nach wirtschaftlichen Prinzipien! Es ist der Vertreter einer Linken, unterstützt von linken Bildungsfachleuten und begleitet von den Funktionären des Lehrerverbandes!

Fazit: Die Schule hat Kämpfer nötig, heute mehr denn je. Es braucht mehr Lars', denn Mut ist in dieser Anpassungsgesellschaft eine Tugend von grosser Sprengkraft geworden.

<http://www.bielertagblatt.ch/nachrichten/vermishtes/wie-kann-man-hoeflichkeit-auf-einer-skala-von-1-10-messen>

Schule Schweiz, 15. März 2016

Strategien für die Bildungsdebatte

Die Schweizer Bildungsdebatte krankt. Die verantwortlichen Bildungspolitiker und deren Instanzen betrachten Kritik an ihren Projekten nicht als willkommene Rückmeldungen, die eine inhaltliche Debatte zum Wohle der Schule befeuern könnte, sondern als Einmischung. Wie anders ist es zu erklären, dass sich Lehrer nicht mehr getrauen, Stellung zu umstrittenen Projekten zu nehmen. Fritz Tschudi richtet sich nun direkt an die Akteure des Bildungswesens und ruft ihnen ihre **eigentliche Aufgabe in Erinnerung.** (uk)

von Fritz Tschudi

Für die unbedingte, freiheitlich-offene Bildungsdebatte in unserem föderalen, direktdemokratischen Staatswesen drängen sich folgende Strategien auf:

- Den **Lehrerverbänden** muss ihre statutarische Verantwortung in Erinnerung gerufen werden: Sie sind nach bestem Wissen und Gewissen Interessenvertretungen der Schule (Kinder) und der Lehrpersonen.
- **Reformprojekte** sind erfahrungsgemäss nie problemlos, sondern kontrovers. Darum hat der Lehrerverband die Debatte in der Lehrerschaft vorrangig zu fördern und die Information in ausgewogener Berücksichtigung aller relevanten Sichtweisen vorzunehmen bzw. zu unterstützen.
- In diesem Sinne sind die **Pädagogischen Hochschulen** daran zu erinnern, ihrer fundamentalen Verpflichtung zur wissenschaftlich gesicherten Lehre nachzukommen. Widersprüchliches, aber auch ideologisch begründete Lehrinhalte, sind offenzulegen und die Fachdebatte (in- und ausserhalb der Institution) zu fördern.
- Sowohl **Lehrverbände wie auch PH** sollten deutlich machen, dass sie nicht per se den Ansprüchen der Bildungsbürokratie bzw. jenen der aktuellen Stossrichtung der Bildungspolitik verpflichtet sind. Es ist darum nicht zu akzeptieren, wenn sich diese Institutionen diskussionslos den Erwartungen der Hierarchie beugen. Es widerspricht der Grundausrichtung dieser Institutionen, wenn sich diese dem Anspruch auf offene Kommunikation und auf Debatten in Lehrerschaft und Öffentlichkeit respektlos verweigern.
- Von den **politisch und fachlich Verantwortlichen** müssten (frühzeitig) klare, der Öffentlichkeit leicht zugängliche Statements vorliegen, welche das Reformvorhaben (aktuell der Lehrplan 21) überprüfbar und transparent begründen, bzw. problematisieren oder widerlegen
- Den praktizierenden Lehrpersonen ist in Erinnerung zu rufen, dass auch ihnen das verfassungsmässige **Grundrecht auf freie Meinungsäusserung** zusteht. Öffentliche Interventionen, welche von der offiziellen Linie abweichende Meinungsäusserungen beinhalten, dürfen in keiner Weise (auch nicht versteckt oder subtil) sanktioniert werden. (Zu beachten ist das Loyalitätsprinzip.)
- Die **unerlässliche Notwendigkeit des kritischen und konstruktiven Mitdenkens** in bildungspolitischen Fragen und speziell in der Schulpolitik ist der Lehrerschaft nachhaltig bewusst zu machen. Es muss jeder mündigen Lehrperson klar sein, dass unbequeme Debatten und geistige Teilhabe an Reformprojekten für die Qualität von Schule und Lehrerschaft essenziell sind. Das sind keine lästigen Ruhestörungen, die es zu vermeiden gilt!

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/03/strategien-fur-die-bildungsdebatte.html#more>

Zeit-Fragen, 15. März 2016

«Ich kann nur verantworten, was ich selber für richtig erachte»

Interview mit Oskar Freysinger, Vorsteher des Departements für Bildung und Sicherheit des Kanton Wallis

Zeit-Fragen: Als Chef des «Departements für Bildung und Sicherheit» des Kanton Wallis haben Sie am 1. März die zweisprachige Broschüre [«10 Thesen über die Schule»](#) publiziert. Darin stellen Sie Ihre Vorstellungen von Schulbildung vor. Was hat Sie bewogen, dieses Vorgehen zu wählen?

Staatsrat Oskar Freysinger: Seit den 60er Jahren ist die Schulbildung ideologisch in linken Händen. Alle Schulreformen der letzten Jahrzehnte waren von marxistischem Gedankengut geprägt. Es war nun Zeit, dass ein Schulminister, darüber hinaus ein ausgebildeter Primar- und Gymnasiallehrer mit 27jähriger Schulpraxis, diesen ausgelaufenen Modellen ein allgemein verständliches, die Grundlagen jedes erfolgreichen Lernens charakterisierendes Leitbild gegenüberstellte. Es ging mir darum, die Eltern und Lehrer zu beruhigen und eine Art Orientierung darüber zu liefern, was den Leitfaden meines Wirkens als Staatsrat darstellt.

Kritiker Ihrer Thesen werfen Ihnen vor, Sie hätten diese nicht breit genug abgestützt und sie würden verhaltensauffällige Kinder oder die Integration von ausländischen Schülern nicht berücksichtigen. Was sagen Sie dazu?

Wieso sollte ich meine schulpolitischen Grundprinzipien als Departementsvorsteher breit abstützen lassen? Dann wären es nicht mehr meine. Darüber hinaus würde ich dadurch einen dauerhaften Zank hervorrufen, um am Ende entweder mit einem verwässerten Papier oder mit leeren Händen dazustehen. Ich kann nur verantworten, was ich selber für richtig erachte und was die Grundlage meines Handelns ausmacht. Es geht bei diesen Thesen weder um einen Gesetzestext noch um ein Handlungspapier mit konkreten Massnahmen, sondern um schulphilosophische Betrachtungen. Mir schien es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern über meine Anschauungen in Sachen Schule klaren Wein einzuschenken. Dass dies eine Debatte auslösen würde, war mir bewusst und war auch erwünscht. Verhaltensauffällige und ausländische Schüler sind vor allem Schüler. Die zehn Thesen gelten für sie wie für die anderen. Ihre spezifischen Bedürfnisse müssen konkret angegangen werden, gehören aber nicht in ein allgemeines Thesenpapier.

In bislang 13 Schweizer Kantonen regt sich deutlicher Widerstand gegen den Lehrplan 21. Gefordert wird mittels kantonaler Volksinitiativen eine breite demokratische Beteiligung an den Entscheiden über diesen umstrittenen Lehrplan, der ohne echte Diskussion von den Kantonsregierungen eingeführt werden soll. Im Oberwallis ist der Lehrplan 21 derzeit sistiert. Wie kam es dazu und weshalb?

Den Lehrplan 21 betrachte ich nicht als Monolith, der tel quel über die Schule zu stützen ist. Reformen dieser Art hatten wir zur Genüge, und das Resultat ist inzwischen bekannt. Ich sehe in diesem Riesenwerk eher einen Katalog, der angepasst werden muss. Was die Qualität der Schule verstärkt, wird übernommen, was Altbewährtes gefährdet, wird vermieden. Dazu braucht es einen langsamen Prozess, eine Evolution und keine Revolution. Eine Arbeitsgruppe ist dabei, gewisse Aspekte auf das Walliser Schulsystem abzustimmen und deren Übernahme vorzubereiten. In keinem Fall werden jedoch gewisse Grundprinzipien in Frage gestellt werden, die die hohe Qualität der Schulbildung in meinem Kanton in Frage stellen könnten. Unter anderem soll die pädagogische Freiheit der Lehrer gewährleistet bleiben und die Wissens- und Kompetenzvermittlung in gesundem Gleichgewicht vor sich gehen.

In den französischsprachigen Kantonen ist der neue Lehrplan (Plan d'études romand – PER) bereits eingeführt. Gibt es darin grundsätzliche Unterschiede zum Lehrplan 21 der Deutschschweizer Kantone?

Die Unterschiede sind folgende: Der Plan d'études romand – PER definiert die Lerninhalte (contenus d'apprentissage), welche im Verlauf der obligatorischen Schulzeit in der welschen Schweiz zu erreichen sind. Der PER beschreibt einerseits, was die Schüler lernen müssen, und andererseits erlaubt dieser Lehrplan den Lehrpersonen, ihre Arbeit, den Platz und die Rolle ihrer Fächer in der Gesamtausbildung der Schüler zu situieren.

Im PER wird von Erwartungen/Zielen ausgegangen. Im PER werden die Kompetenzen im Bereich der fächerübergreifenden Fähigkeiten erfasst.

Der Lehrplan 21 hingegen beschreibt für jeden Fachbereich die Kompetenzen und Kompetenzstufen, welche die Schüler im Laufe der Volksschule erwerben. Der Fokus wird auf das Können (Kompetenz als Ziel – Können statt Wissen) gelegt. Der Lehrplan 21 steht für kompetenzorientierten Unterricht.

Nur schon diese Diskrepanz zwischen den beiden Kantonsteilen, die zum selben Schulsystem gehören, zeigt, dass Vorsicht geboten ist.

Herr Freysinger, vielen Dank für das Interview. •

(Interview Jean-Paul Vuilleumier)

<http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2406>

Schaden vermeiden – Projekt Lehrplan 21 beenden

Drei neue Veröffentlichungen weisen auf gravierende Defizite im Lehrplan hin

rt. Drei neue Veröffentlichungen bestätigen die bestehende Kritik am Lehrplan 21 und weisen darüber hinaus auf notwendige Orientierungen in der Schulpolitik hin.

Während Bürger und Steuerzahler von offizieller Seite (kantonale Bildungsbürokratien) kaum etwas Substantielles über den Inhalt des Lehrplans 21 erfahren, hat man bis jetzt auch den Lehrern noch nicht erklärt, was der neue Lehrplan eigentlich beinhaltet. Ein Blick in den Lehrplan (www.lehrplan21.ch) bestätigt die meisten Kritikpunkte. In einem unverständlichen «Experten-PH-Deutsch» wird über sehr viele Seiten (etwa 350) aufgelistet, was Kinder und Jugendliche alles «können» sollen (2300 Kompetenzstufen und 363 Kompetenzen). Für interessierte Eltern, aber auch Lehrer ist es unmöglich, sich ein Bild davon zu verschaffen, was tatsächlich und wann und wie gelernt werden soll.

Von erfahrenen Lehrern, Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern wurde der Lehrplan 21 schon mehrfach analysiert. Sie warnen schon seit langem vor den negativen Folgen, die mit der Einführung dieses Lehrplans an Schweizer Schulen für die nachfolgenden Generationen verbunden sind. Schon vor seiner sogenannten Konsultation fiel die Kritik so vernichtend aus, dass Kernelemente des Lehrplans wie die Kompetenzorientierung im Grundlagenteil verwässert wurden, und in einem nebulösen Text zur sogenannten «Methodenvielfalt» tauchte sogar der «frontale Klassenunterricht» wieder auf! Und selbst dann noch war die Kritik so deutlich, dass dieses Projekt sofort hätte gestoppt werden müssen! Aber offensichtlich wird, trotz der bekannten gravierenden Mängel und der dadurch entstehenden Kosten, am «Plan» festgehalten.

Fundierte Kritik am Lehrplan 21

Jetzt führen drei Veröffentlichungen (nochmals) vor Augen, in welches Desaster die Bildungsbürokratien der meisten deutschsprachigen Kantone, angeführt von der EDK, die Schweizer Schulen hineinmanövrieren:

- Die ausgezeichnete Broschüre «Einspruch! Kritische Gedanken zu Bologna, Harnos und Lehrplan 21», herausgegeben von den Pädagogen Alain Pichard und Beat Kissling, versammelt Stellungnahmen und Analysen zur aktuellen Bildungspolitik, darunter von Prof. Walter Herzog, Prof. Roland Reichenbach, Anita Fetz oder Beat Kappeler und vielen anderen mehr.
- Die Möglichkeit, das erschreckend niedrige Niveau des Lehrplan 21 direkt zu erfahren, bietet die Publikation «Was will uns der Lehrplan 21 sagen?» des Aargauer Bildungspolitikers Bruno Nüsperli. Nüsperli hat sich die Arbeit gemacht, Hunderte von «Kompetenzen» des Lehrplans 21 aufzulisten und zu kommentieren.
- Für einige Publicity sorgen zurzeit die «Zehn Thesen über die Schule» des Walliser Erziehungsdirektors Oskar Freysinger, herausgegeben vom Walliser Departement für Bildung und Sicherheit. Konträr zu der technokratischen und bürokratischen Verwaltungssprache des Lehrplans 21 werden kurz und knapp 10 Eckpunkte einer humanistischen Bildung als wichtiges Fundament unserer Schule vorgestellt. Mehr als deutlich wird, dass der Lehrplan 21 kaum mehr etwas damit zu tun hat.

Im einzelnen:

«Einspruch!»

In der Broschüre «Einspruch!» – die neu erweitert aufgelegt wird – sind verschiedene Stimmen aus dem eher linken bzw. liberalen politischen Lager versammelt, die klar und deutlich ausweisen, dass der Lehrplan 21 von falschen Voraussetzungen ausgeht und am Kind vorbei arbeitet. Neben vielen Praktikern weisen auch Wissenschaftler auf seine Problematik hin. Zum Beispiel stellt der Erziehungswissenschaftler Prof. Walter Herzog knapp und fundiert gravierende Mängel aus erziehungswissenschaftlicher Sicht dar. Auf den Kontext einer zunehmenden «Vermarktung» des Bildungswesens, insbesondere durch den neuen Lehrplan, weist Beat Kissling hin. Ein zentraler Kritikpunkt am Lehrplan ist seine Abkehr vom sozialen Gedanken, allen Kindern die Chance auf eine gute Bildung zu geben. Kinder aus bildungsfernen Schichten werden benachteiligt.

Was es bedeutet, einzelne Fächer oder auch die Lehrerausbildung ihrer Fachlichkeit zu berauben, zeigen unter anderem die Aufsätze von Daniel Goepfert und Laura Saia. Dadurch wird das fachliche Niveau verflacht. Dass der Lehrer als «Coach» oder «Lernbegleiter» nicht mehr seine zentrale Rolle im Lernprozess übernehmen kann, wird in weiteren Aufsätzen klar gezeigt. Die Broschüre «Einspruch!» kann gegen einen Unkostenbeitrag bei arkadi@bluemail.ch bezogen werden.

«Was will uns der Lehrplan 21 sagen?»

Zu welcher bedenklichen Absenkung des Niveaus der Lehrplan 21 im Bildungswesen führen wird, macht die Sammlung der Kompetenzstufen deutlich, die Bruno Nüsperli akribisch aus dem Lehrplan auflistet. Die einzelnen Fächer und Inhalte verschwinden hinter den Kompetenzstufen, die nichts anderes als ihre Abprüfbarkeit in den dafür vorgesehenen Tests spiegeln (Learning-to-the-Test). Der Anspruch, unsere Kinder und Jugendlichen humanistisch zu bilden, wird mit diesem Lehrplan fallengelassen. Dass dabei auch Vorurteile und Ideologien einfließen, machen die Kommentare von Nüsperli deutlich. Nüsperli engagiert sich im Aargauer Komitee für eine gute Schule gegen den Lehrplan 21. Die Broschüre «Was will uns der Lehrplan sagen?» kann bei Bruno Nüsperli, Halden 52, 5000 Aarau, bruno@nuesper.li, Tel. 062 824 26 28, gegen einen Unkostenbeitrag bezogen werden (Einzelexemplar Fr. 5.- inkl. Versand).

«Zehn Thesen über die Schule»

Oskar Freysinger, Erziehungsdirektor des Kanton Wallis, selbst Pädagoge, weiss, wovon er schreibt. In seinen 10 Thesen stützt er sich auf die über 2000jährige humanistische Bildungstradition und nicht nur auf 40 Jahre US-amerikanische Schultest-Wirtschaft. Mit einfachen Worten

beschreibt er wesentliche Grundlagen unseres Schulwesens. Spätestens bei der zehnten These «Subsidiarität vor Zentralisierung» wird dem interessierten Leser klar, dass der Lehrplan 21 nicht mit unserer humanistischen Bildungstradition kompatibel ist. Die «10 Thesen über die Schule» können über das Departement für Bildung und Sicherheit des Kantons Wallis bezogen werden (www.vs.ch/documents/529400/1673481/10thesen-D-BAT_2.pdf/19aae9df-def7-4efb-a1e5-11ebc852061d).



Lehrplan 21 – ein kostenintensives und kontraproduktives Projekt

Deutlich wird nach der Lektüre der drei vorgestellten Broschüren: Der Lehrplan 21 ist sowohl in praktischer als auch in politischer Hinsicht zum Scheitern verurteilt. Dass die Bildungsbürokratien unter der Führung der EDK weiterhin so verbissen an ihm festhalten, wird den Schaden und die Kosten nur immens vergrössern. Mit diesem Lehrplan wird das Schweizer Bildungswesen zielsicher in die Drittklassigkeit geführt. Damit wird sich das Land seiner wichtigsten Ressource, nämlich einer guten Bildung und Ausbildung, berauben.

Konsequent ist es, wenn Kantone wie das Wallis das Projekt Lehrplan 21 sistieren. Sinnvoll auch, wenn einige Kantone mit einer Einführung zuwarten. Ohnehin hätte man die schon gemachten Erfahrungen aus dem Ausland auswerten oder laufende Projekte ähnlicher Art sauber evaluieren können. Inzwischen laufen in 13 Deutschschweizer Kantonen Sammlungen zu Initiativen, mit denen der Lehrplan 21 verhindert werden soll. Warum nicht die Einführung des Lehrplans über eine Abstimmung entscheiden?

<http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2405>

Aargauer Zeitung, 15.3.2016

Bildungspolitik

Aargauer SVP und FDP starten Grossangriff auf die integrative Schulung

von Jörg Meier

Zwei separate Vorstösse, aber die gleiche Stossrichtung: Sowohl die FDP- wie auch die SVP-Fraktion fordern die Aufhebung der integrativen Heilpädagogik, was gleichbedeutend mit dem Ende der integrativen Schulung wäre.

Nach Ansicht der FDP-Fraktion geht aus dem Bericht über die Ergebnisse der integrativen Schulung im Aargau hervor, dass die integrative Schulungsform (ISF) ihre Ziele verfehlt habe. Denn es sei keine messbare Qualitätsverbesserung erkennbar.

Die Lernfortschritte bei integrativer Schulung seien in etwa dieselben wie in anderen, konventionelle Schulungsformen. Aber die ISF brauche dafür deutlich mehr Ressourcen, als heute zur Verfügung stehen, damit sie gelingen kann.

Im Klartext: Die 44,7 Millionen Franken, die im Jahre 2015 für integrative Schulung ausgegeben wurden, reichen auf die Dauer nicht aus. Zudem schliesst die FDP-Fraktion aus dem Bericht, dass die integrative Schulung lernschwachen Schülern oft mehr schadet als nützt.

447 Millionen Franken...

... Millionen Franken betragen im Aargau die Kosten der integrierten Heilpädagogik im Jahre 2015. Im Jahre 2011 waren es noch 27,6 Millionen Franken gewesen.

Deshalb verlangt die FDP-Fraktion, dass der heilpädagogische Unterricht nicht mehr in den Regelklassen stattfinden soll. Stattdessen sollen unterstützungsbedürftige Kinder «im geeigneten Klassenrahmen ausserhalb der Regelklasse so weit gestärkt und befähigt werden», dass sie den Wechsel in die Regelklasse möglichst schaffen und dort bestehen können.

Klipp und klar ist auch die Forderung der SVP-Fraktion: Auf integrierte Heilpädagogik soll künftig verzichtet werden. Entsprechend sei das Schulgesetz zu ändern, fordert die SVP – und zwar in der Art, dass Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten in der Primarschule und Oberstufen nur noch in Kleinklassen von Heilpädagogen gefördert werden.

Rückkehr zur Kleinklasse

Die SVP argumentiert ähnlich wie die FDP: Mit der integrierten Heilpädagogik sei keine messbare Qualitätsverbesserung eingetreten. Im Gegenteil. Die Wirtschaft beklage sich, dass die Realschulabgänger heute weniger Wissen für die Lehre mitbringen. Realschüler hätten heute vermehrt Mühe, eine Berufslehre zu absolvieren.

Mit der flächendeckenden Wiedereinführung der Kleinklasse möchte die SVP die Realschule stärken. Denn der Ruf der Realschule sei nicht mehr sehr gut. Viele Berufsverbände nähmen nur noch zögerlich Realschüler auf, da das notwendige Leistungsniveau nicht erreicht werde. Die SVP verweist dabei auf den Umstand, dass viele lernschwache Schüler in der Realschule von Lernzielen befreit seien.

Dazu komme noch, dass viele Eltern deshalb mit allen Mitteln versuchten, die Einteilung ihres Kindes in die Realschule zu verhindern. Mit gravierenden Folgen: Die Klassengrössen an den Realschulen seien tendenziell zu klein und wiesen eher die Grösse von Kleinklassen auf. So werde die Realschule ein Auffangbecken für kognitiv Schwache und Verhaltensauffällige.

Sowohl «normale» Realschüler wie auch Schüler mit Lernschwierigkeiten hätten Anrecht auf ein angemessenes Lernumfeld. Deshalb, so der Schluss der SVP: Rückkehr zum System der Kleinklassen, Verzicht auf die integrierte Heilpädagogik. Das helfe nicht nur den Schülerinnen und Schülern, sondern sei unter dem Strich für den Staat erst noch günstiger.

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/aargauer-svp-und-fdp-starten-grossangriff-auf-die-integrative-schulung-130135068>

Appenzeller Volksfreund, 17. März

Landsgemeinde soll zum «Leuchtturm» werden

Die Initiative von Paul Bannwart «Für eine starke Volksschule» weckt seltsame und zu hohe Erwartungen



Die Druckerschwärze auf dem Landsgemeindemandat 2016 ist noch nicht trocken. Aber die NZZ hat schon vor längerer Zeit entdeckt, dass aller Augen nach Innerrhoden schauen werden, weil hier die erste Abstimmung überhaupt gegen den Lehrplan 21 stattfindet. Das aber ist falsch: Wir stimmen über eine Initiative ab – mit ungewissen Konsequenzen für den Weiterweg in unseren Schulstuben.

Der «Lehrplan 21» hat nichts mit dem 21. Jahrhundert zu tun. Er beabsichtigt, in den 21 deutschsprachigen Kantonen eine Vereinheitlichung des Unterrichts zu erwirken, damit der Kantonswechsel einer Familie für deren Kinder keine erheblichen Nachteile bringt. Am Beispiel des Sprachenstreits ist die Notwendigkeit dieses Schrittes für jedermann ablesbar. Bis heute herrscht in der Frage, ob Englisch oder Französisch als erste Fremdsprache auf der Primarstufe gelehrt werden soll und ab welcher Klasse, kein Konsens.

Überraschende Dynamik

In 14 von 21 Kantonen wird der «Lehrplan 21» als Wasserkopf der EDK taxiert und bekämpft. Die konzertierte Aktion geht von der SVP aus, hat in der Zwischenzeit aber auch Unterstützung der Linken erhalten. Eine Hochglanz-Kampfschrift mit dem Titel «Einspruch!» wurde in drei Auflagen zu 5500 Exemplaren in der ganzen Deutschschweiz in Umlauf gebracht, die kritische Gedanken zu Bologna, Harnos und Lehrplan 21 enthält. Diese Broschüre wurde dieser Tage an ausgewählte Personen in Innerrhoden verschickt im Hinblick auf die Diskussionsveranstaltung von heute Abend im Nebengebäude des Restaurants «Hof» in Appenzell, wo Bruno Nüsperli zum Thema «Kompetenzorientierung – was ist das?» referieren wird. Absender ist nicht Gastgeber Paul Bannwart mit seinen engsten Anhängern. Als Briefträger unterzeichnen Grossrat und GFI-Präsident Josef Manser sowie die Unternehmer Marco Sager und Markus Wetter. Das überrascht.

Sturm von Rechts und Links

An dieser Stelle sei aus dem Beitrag von Heilpädagoge Roland Stark (SP) im erwähnten «Einspruch!» zitiert. Er bedauert, dass das Thema «Schule» nach leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzungen der 1960er- und 1970er-Jahre auf der Prioritätenliste aller Parteien weit nach hinten gerutscht sei und fährt fort (Zitat): «Die Volksschule als Wahlkampfthema wurde – kaum überraschend – schliesslich von der SVP entdeckt. Ihr Chefstrategie Christoph Blocher, assistiert von seiner Frau und dem «Experten» Nationalrat Ulrich Schlüer, orteten auf der Suche nach

Brandbeschleunigern für die neue Oppositionspolitik die Schule als ideales Vehikel.» Stark geht mit der politischen Konkurrenz der SVP und der Bildungsbürokratie scharf ins Gericht. Sie hätten «mit ebenso traditionellen wie erfolglosen Rezepten reagiert: Verniedlichen der Probleme, Diffamierung der Kritiker oder einfach Schweigen. Die SP, zu deren Kerngeschäft einmal Erziehung, Bildung und Kultur gehörte, sei als kritische Begleiterin der Reformprozesse praktisch ausgefallen, poltert Roland Stark. Nun habe der Wind gedreht, die Linke sei erwacht. Populärste Autorin in der Broschüre ist SP-Ständerätin Anita Fetz. Sie will – wie die Mitautoren – auf Fehlentwicklungen hinweisen, wofür sie den Titel: «Der Lehrplan 21 ist gescheitert» wählt, während Walter Herzog einen «Auswuchs einer masslosen Bildungspolitik» ortet.

Das Schweigen brechen

Interessant ist, dass nun scheinbar alle Welt gespannt auf den Entscheid der Innerrhoder Landsgemeinde wartet. Beat Kissling, einer der Verfasser des «Einspruch!» schreibt in einem Brief an die AV-Redaktion, er habe die Botschaft von Landammann und Standeskommission zur Initiative Bannwart an den Grossen Rat gelesen und dabei feststellen müssen, dass die Befürchtungen und Anliegen des Initianten zwar erkannt worden seien. Die offizielle Argumentation basiere aber gänzlich auf jener der EDK, «deren Anliegen offensichtlich darin besteht, den Lehrplan 21 einzuführen beziehungsweise umzusetzen, noch bevor eine öffentliche Debatte überhaupt entsteht.» Das Phänomen sei in praktisch allen Kantonen zu beobachten, bedauert Kissling. Er geht nun davon aus, dass die Initiative Bannwart die Diskussion beflügeln wird.

<http://zeitung.dav.ch/tagesaktualitaet.htm?detail&id=7131#>

Schule Schweiz, 17. März 2016

Motion in Baselland verunmöglicht Lehrplan mit ausschliesslich Kompetenzbeschreibungen

Heute ist im Baselbieter Landrat eine wichtige Motion mit Brisanz überwiesen worden. Der Vorstoss wurde entgegen der Empfehlung der Regierung nicht als Postulat, sondern als Motion (verbindlicher Auftrag) überwiesen. Ein kompetenzorientierter Lehrplan wird damit verunmöglicht. Ausserdem werden die Lernziele in Jahresplänen (an Stelle von Zyklen) festgeschrieben.

Motion Regina Werthmüller, parteilos: Stufenlehrpläne mit transparentem Inhalt. Eingereicht am 14. Januar 2016

**Das Aus für den Lehrplan 21 wird immer wahrscheinlicher
Starke Schule Baselland, 17.3.**

Mäuse in Schulhäusern

Der Baselbieter Lehrerverein möchte verhindern, dass die Qualität der Bildung an den Sparmassnahmen des Kantons leidet. Der Lehrerverband will nun mit zwei Volksinitiativen dagegen ankämpfen.

Lehrerverband: Bildung darf nicht weggespart werden, BZ Basel, 17.3.

"Untaugliches" Französischkonzept wird mit obligatorischer Weiterbildung durchgesetzt

Eine qualifizierte Französischlehrerin darf nicht mehr unterrichten, weil sie nicht an die "Sprachsee-Ideologie" glaubt.

Kaum Verständnis für richtiges Französisch, Basler Zeitung, 17.3.

Basel prüft Rückkehr der Einführungsklassen

Der Grosse Rat hat beschlossen, die erneute Einrichtung von Einführungsklassen zu prüfen. Diese Klassen wurden bis anhin als sanften Einstieg in das Schulleben für Kinder mit Schwierigkeiten genutzt. Anstatt mit der ersten Klasse zu starten, konnten sie mit der Einführungsklasse das erste Schuljahr in zwei Jahren absolvieren und dann direkt die zweite Klasse besuchen.

Für den sanften Schulanfang, Basler Zeitung, 17.3. von Franziska Laur

Baselbieter Lehrerverein lanciert zwei Volksinitiativen

Die Sparmassnahmen der letzten Jahre würden sich jetzt zeigen, sagt Roger von Wartburg, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB): Schulhäuser, die nicht unterhalten worden sind, Angebote, die wegfallen wie zum Beispiel der Schwimmunterricht, oder das reduzierte Freifachangebot an den Gymnasien. Die Qualität der Schule sei in Gefahr.

Baselbieter Lehrer sagen Sparmassnahmen den Kampf an, SRF Regional, 17.3.

BLV wehrt sich gegen das Sparen, SRF Regional Audio, 17.3.

St. Galler Tagblatt; 17. März 2016

Leserbrief

Der Lehrplan 21 und die Sprachen

Seit dem Entscheid, den Lehrplan 21 einzuführen, wird über die Art der Schülerbeurteilung im Kindergarten und auf der Unterstufe diskutiert. Eine Expertengruppe der Erziehungsdirektoren überlegt sich, die Leistungen der Kleinkinder zu bewerten. Ich hätte mich sicher nicht gefreut, wenn man mich schon als Kind bewertet hätte. Vor zehn Jahren war ich natürlich ein anderer Mensch und tickte anders als jetzt. Hätte meine Kindergartenlehrerin im Zeugnis geschrieben, wie oft wir Jungs untereinander stritten, hätte heute niemand Freude, dies zu lesen, obwohl ich ein ganz netter junger Mann geworden bin. Aus diesem Grund würde ich dies mit der Zeugniseinführung im Kindergarten nicht vorschlagen. Was ich auch noch anmerken möchte, ist, dass die Schule in der Schweiz immer anspruchsvoller wird. Als erste Generation durfte ich die Einführung der englischen Sprache in der dritten Klasse erleben. Heute absolviere ich meine kaufmännische Lehre, doch in meiner Klasse sind die, welche später mit dem Englisch begonnen haben, stofflich gleich weit wie wir. Dafür hat es unter uns Schülern viele Secondos, aber auch Schweizer, welche wohl auch wegen des Lernens der vielen Fremdsprachen die deutsche Sprache weniger im Griff haben. Als Beispiel kann ich meine Schwester nennen, die jetzt die zweite Primarschulklasse besucht. Sie hat regelmässig Kontakt mit vielen Sprachen. Sie beherrscht die deutsche Sprache noch nicht so gut. Statt jetzt besser Deutsch zu lernen, muss meine Schwester die englische und sehr bald die französische Sprache lernen. Für ein Kind ist dies sehr mühsam und es hat meiner Meinung nach auch einen Einfluss darauf, ob ein Kind in der Schule erfolgreich wird. Deshalb appelliere ich dazu, die Kinder ein bisschen zu entlasten und ihnen stattdessen zu helfen. Die Auswirkung würde man spätestens nach zehn Jahren bemerken, wenn die jungen Secondos sich in der deutschen Sprache besser auszudrücken vermögen.

Egzon Perdeda, Geigerstr. 30a, 9015 St. Gallen

Mehr zum Thema Frühfremdsprachen

Schule Schweiz, 16. März 2016

Motion im Kanton Bern fordert Richtungswechsel im Französischunterricht

Eine Motion im Berner Grossen Rat fordert einen Richtungswechsel im Französischunterricht. Der Erziehungsdirektor rede die unbefriedigende Situation schön, trotz vielseitiger Kritik.

[Der Französischunterricht an den kantonbernischen Volksschulen braucht einen Richtungswechsel](#)

Schule Schweiz, 19. März 2016

Französisch-Lehrmittel wird überarbeitet

Das neue Französischlehrmittel für die Oberstufe, «Clin d'oeil», wird nach einem Jahr bereits «optimiert», wie Erziehungsdirektor Bernhard Pulver am Freitag bekannt gab. Das Lehrmittel arbeitet mit einer neuen Sprachdidaktik, die zusammen mit dem Frühfranzösischen eingeführt wurde. Unter den Lehrkräften ist das Lehrmittel umstritten. Während einige es gut finden, haben andere im vergangenen Herbst laute Kritik geäussert. Kritisiert wurde etwa, dass «Clin d'oeil» zu wenig Alltagswortschatz und Grammatik vermittele. Neben kleinen Anpassungen am Buch soll es neu auch «didaktische Zusatzmaterialien» für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, für die Grammatik und für den Alltagswortschatz geben. Pulver betonte am Freitag auf Anfrage, dass es sich nicht um eine grundlegende Überarbeitung des Lehrmittels handle.

Lehrmittel wird überarbeitet, Bund, 18.3. von Adrian M. Moser

NZZ, 18.3.2016

Streit um Frühfranzösisch

Zentralschweiz hält an zwei Fremdsprachen in der Primarschule fest

(sda) Die Zentralschweizer Bildungsdirektoren wollen am Frühfranzösisch und Frühenglisch an den Primarschulen festhalten. Zu diesem Schluss kommen sie nach Leistungstests bei 3700 Schülern der 6. und 8. Klassen.

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) hatte die Französisch- und Englischkenntnisse vom Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg untersuchen lassen. Anlass waren politische Vorstösse, die sich für nur noch eine Fremdsprache an der Primarschule stark machen. Die Studie solle die Diskussion versachlichen, sagte Beat Jörg, BKZ-Präsident und Urner Erziehungsdirektor, am Freitag an einer Medienorientierung in Luzern.

Die BKZ wertet die Ergebnisse in Englisch als «erfreulich», in Französisch als «klar unbefriedigend». Am Sprachenmodell 3/5 soll festgehalten werden. Ein konzentrierter Lektioneneinsatz nur auf der Sekundarstufe bringe keinen Mehrwert, erklärte Jörg. Zudem fühlten sich die Schüler im Fremdsprachenunterricht nicht überfordert.

<http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/zentralschweiz-haelt-an-zwei-fremdsprachen-in-der-primarschule-fest-1.18714905>

Mehr dazu:

NZZ, 18.3.2016

Sprachenstreit – Französisch-Lernziele bei weitem verfehlt

Eine Studie mit 3700 Schülern aus der Zentralschweiz liefert neue Argumente im Streit um die Fremdsprachen.

von Erich Aschwanden

In der gesamten Zentralschweiz erreichen beim Sprechen nur gerade 3,4 Prozent der Achtklässler das angestrebte Niveau, bei der Fertigkeit Hören sind es 8,7 Prozent. Besser, aber immer noch unbefriedigend, sieht es aus beim Schreiben (37 Prozent) und Lesen (30,7 Prozent).

Ganzer Artikel:

<http://www.nzz.ch/schweiz/sprachenstreit-franzoesisch-lernziele-bei-weitem-verfehlt-ld.8688>

Schule Schweiz, 19.3.16

Das bleibt nur Kopfschütteln, Basler Zeitung, 18.3., Leserbrief von Felix Schmutz

Dieser [Artikel zur Französischlehrerin](#) stellt die Frage, ob es für das neue Fremdsprachenkonzept (Sprachbad, Mehrsprachigkeit) eigentlich eine wissenschaftliche Grundlage gebe. Die Antwort lautet: nein. Vielmehr hat sich die Pädagogische Hochschule auf eine Didaktik eingeschossen, die im internationalen Vergleich eine Extremposition darstellt. Widerlegt wird sie von empirischen Studien, die mehrheitlich darauf hindeuten, dass ein Unterricht nur nachhaltigen Erfolg verspricht, wenn er von einem systematischen Aufbau in Grammatik und Wortschatz gestützt wird, der allerdings auf praktische Anwendung ausgerichtet sein muss.

Erstaunlich, dass ein Land, dessen Bevölkerung sich bis vor Kurzem durch akzeptable Sprachkenntnisse auszeichnete, diesen Vorteil für eine hanebüchene Ideologie opfern will. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn gut ausgebildete Lehrpersonen beruflich kaltgestellt werden, weil sie den Unfug nicht mitmachen wollen.

Tagblatt, 19. März 2016

Volksinitiative gegen Lehrplan für gültig erklärt

FRAUENFELD. Der Thurgauer Regierungsrat erklärt die Volksinitiative «Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule» als gültig, empfiehlt sie aber zur Ablehnung. «Aus inhaltlicher Sicht ist sie als problematisch einzustufen», schreibt die Regierung in einer Stellungnahme. Das Volksbegehren wolle dem Regierungsrat nachträglich die Kompetenz zur Einführung der Lehrpläne an der Volksschule absprechen und somit einen rechtskräftigen Entscheid einfach aushebeln. «Dieses Instrument verletzt somit grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien.» Nach dem Grundsatz «in dubio pro populo» – im Zweifel für das Volk – beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat trotzdem, die Initiative für gültig zu erklären, dem Stimmvolk sei sie jedoch zur Ablehnung zu empfehlen.

Warnung vor dem Alleingang

«Mit der Einführung des Lehrplans Volksschule Thurgau, gegen den sich die Initiative im Kern richtet, werden die Bildungsinhalte im Sinne der Bundesverfassung angemessen koordiniert und harmonisiert», schreibt der Regierungsrat. Dadurch werde auch gewährleistet, dass Lehrpläne weiterhin breit abgestützt von Fachpersonen erarbeitet und vom verantwortlichen Exekutivorgan erlassen werden können. Durch eine Neubearbeitung nach den Vorgaben der Initianten entstünden Kosten in Millionenhöhe, was den Sparbemühungen der Verwaltung zuwiderlaufe. Dazu käme die Erarbeitung eigener Lehrmittel. Ausserdem habe ein Alleingang die bildungspolitische Isolation zur Folge und stelle die Chancengleichheit der Thurgauer Schüler in Frage.

Abstimmungskampf starten

Die Volksinitiative will, dass nicht mehr der Regierungsrat, sondern der Grosse Rat die Lehrpläne verabschiedet. Die Initianten übten fundamentale Kritik am neuen Thurgauer Lehrplan, der auf dem Lehrplan 21 basiert. Im Herbst reichte das Komitee für die Initiative rund 5000 Unterschriften ein. «Ich bin froh, dass die Demokratie ernst genommen wird und unsere Volksinitiative als gültig erklärt wurde. Wir werden nun Veranstaltungen organisieren, um die Bevölkerung noch genauer über unser Anliegen zu informieren», sagt Felix Huwiler, Co-Präsident des Initiativkomitees. (sme.)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Volksinitiative-gegen-Lehrplan-fuer-gueltig-erklart;art120094,4562195>

Hier der Bericht und die Stellungnahme der Thurgauer Regierung im Wortlaut.

Man beachte speziell: (S. 4)

"Die Verfassungsbestimmung (Art. 62 Abs. 4 der Bundesverfassung) verlangt keine flächendeckende Harmonisierung aller Aspekte des Schulwesens, insbesondere nicht in Bezug auf die Lehrpläne. Damit steht es dem Kanton Thurgau frei, eigene Lehrpläne zu erlassen.

Bericht über die Gültigkeit und Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Thurgau zur

Volksinitiative „Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule“

<http://nein-zum-lp21.ch/wp-content/uploads/Thurgauer-Regierung-15.3.2016.pdf>